

Kriminalität kostet uns Milliarden: Ein Klartext über Opfer und Prävention!

Der Artikel beleuchtet die ökonomischen Folgen von Kriminalität in Deutschland und den Einfluss des neuen Gewalthilfegesetzes auf Opferschutz und Prävention.

Krone, Österreich - Am 25. März 2025 wird in einer aktuellen Reportage von **Krone** auf die drängenden Themen Kriminalität und opferorientierte Prävention eingegangen. Der Bericht beleuchtet die schwerwiegenden finanziellen und gesellschaftlichen Folgen von Kriminalität, die über einfache Delikte weit hinausgehen. In diesem Kontext wird auch das Gewalthilfegesetz thematisiert, das die Bundesregierung Ende November beschlossen hat.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Kriminalität sind enorm. Eine Analyse zeigt, dass Kriminalität in den USA schätzungsweise etwa 10 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht, während diese Zahl in Europa zwischen 4 und 7 % variiert. Überträgt man diese Schätzungen auf Deutschland, könnten die gesamtwirtschaftlichen Verluste zwischen 165 und 288 Milliarden Euro pro Jahr liegen. Diese gewaltigen Beträge verdeutlichen, dass Kriminalität nicht nur individuelle Opfer betrifft, sondern auch massive Kosten für den Staat und die Gesellschaft verursacht.

Folgen für Opfer und Gesellschaft

Die Auswirkungen auf die Opfer von Kriminalität sind ebenfalls signifikant. Nach einem Vorfall, besonders bei Gewalttaten, lassen sich Rückgänge des Arbeitseinkommens und ein erhöhtes

Risiko von Jobverlust beobachten. Insbesondere in Deutschland macht das durchschnittliche Arbeitseinkommen der männlichen Opfer von Gewalt eine Abnahme von bis zu 18 % aus. Frauen sind mit einem Anstieg des Bedarfs an Sozialleistungen von über 40 % konfrontiert.

Ein Jahr nach einer Viktimisierung wird bei Männern ein Einkommensverlust von bis zu 8,4 % und bei Frauen von bis zu 13 % festgehalten. Diese dramatischen Zahlen verdeutlichen die Notwendigkeit, die Folgen für die Opfer in zukünftige politische Entscheidungen einfließen zu lassen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, wie **DIW** herausstellt, denn die individuelle Folgekosten für Kriminalitätsoffer werden meist nicht ausreichen berücksichtigt.

Wirtschaftliche Betrachtungen und Präventionsmaßnahmen

Um der Problematik entgegenzuwirken, ist eine umfassende Datenerfassung unerlässlich. Der Bericht des DIW weist darauf hin, dass die systematische Erfassung der persönlichen, wirtschaftlichen Folgen von Kriminalität nur unzureichend erfolgt. Besonders die Notwendigkeit von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Vermeidung von Kriminalität wird betont. Der Ansatz des Gewalthilfegesetzes ist ein Schritt in die richtige Richtung, doch er muss von weiteren Schritten zur Stärkung des Opferschutzes und der Kriminalprävention begleitet werden.

Ein Blick auf die Niederlande zeigt, dass die Situation dort vergleichbar ist – Opfer von Gewalttaten erfahren ebenfalls erhebliche Einkommensverluste. Daher ist es für Deutschland unabdingbar, aus den Erfahrungen anderer Länder zu lernen und die gesamtwirtschaftlichen Folgekosten ernst zu nehmen. Nur so kann eine effiziente und nachhaltige Kriminalpolitik entwickelt werden.

Details	
Ort	Krone, Österreich
Quellen	• www.krone.at • www.diw.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at